



Drei Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Erfurt, Gera und Suhl erhalten

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2141 -

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren! Herr Wirkner, schönen Dank für Ihre eindrucksvolle Rede und ich kann Ihnen versprechen, an der AfD-Fraktion wird es, dass der CDU-Antrag einstimmig angenommen wird, nicht scheitern. Ich werde die nächsten Minuten nutzen, ergänzend zu begründen, warum wir Ihrem Antrag zustimmen, Herr Wirkner, und den Alternativantrag, den schlecht gemachten Alternativantrag der Regierungskoalition, ablehnen.

Meine Damen und Herren, vor bereits über vier Monaten haben wir in einer Aktuellen Stunde über den Bericht debattiert, den die vom Bundestag eingesetzte Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde im April vorgelegt hatte. Nach diesem Bericht war und ist zu befürchten, dass von den bisherigen drei Thüringer Außenstellen der Stasi-Unterlagen-Behörde in Erfurt, Gera und Suhl in Zukunft nur noch eine übrig bleiben wird. Die CDU will ganz klar diese drei Standorte erhalten. Das wollen wir auch und dazu bedarf es keines Alternativantrags, um das deutlich zu machen, hier in diesem Plenum.

Die AfD-Fraktion hat sich seinerzeit – und tut das heute auch noch – für den Erhalt aller drei Außenstellen ausgesprochen und ich bekräftige das von hier aus noch mal ganz deutlich, dass wir dahinterstehen. Ohne Zweifel haben sich die drei Thüringer Außenstellen in ihrer Arbeit grundsätzlich bewährt. Die Aufarbeitung und Aufgliederung auf drei Außenstellen ist prinzipiell nicht überholt, weder mit Blick auf die Erforschung der DDR im Allgemeinen, die Regionalgeschichte im Besonderen noch im Blick auf die politisch-historische Bildungsarbeit und auch nicht hinsichtlich der individuellen Einsichtnahmen in die Stasiakten.

Auch und gerade ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung benötigt eine angemessene Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der Fläche diese Orte, dass diese Orte des Schreckens nach wie vor auch für Menschen überall gut erreichbar sind. Politische Bildungsarbeit ist auf regionale Verankerung angewiesen, man denke beispielsweise an die Erreichbarkeit durch Schulen. Zudem fördert die Pluralität der Standorte eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der jeweiligen Regionalgeschichte, also mit der Bezirksgeschichte und den Besonderheiten der DDR-Historie vor Ort.

Das ist angesichts der Bezirksstruktur der DDR, an der sich die Standorte der BStU-Außenstellen

orientieren – und diese Bezirksgliederung der DDR ist ja auch am Horizont der Gebietsreform wieder zu erkennen –, alles andere als nebensächlich. Die in diesem Fall bewährte Bezirksstruktur, was die Stasiunterlagenbehörde angeht, muss beibehalten werden. Schließlich ist die Struktur nicht überholt, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Einsichtnahmen in die Stasi-Akten – und zwar die Einsichtnahmen von Betroffenen. Wir haben die Zahlen, glaube ich, schon mal gesagt: 2015 in Gera 2.200, in Suhl 3.000, in Erfurt etwa 5.000 entsprechende Anträge – also da ist hoher Bedarf. Ich habe auch noch nicht gehört, dass das 2016 deutlich weniger oder anders gewesen sei. Das macht deutlich, dass ein erhebliches Aufklärungsinteresse besteht.

Es bleibt nach wie vor geboten, meine Damen und Herren, sich mit der Herrschaftsstruktur der DDR und damit der Unrechts- und Unterdrückungskultur der realen Sozialisten auseinanderzusetzen. Dafür reicht der 17. Juni als Gedenktag nicht aus. Zu einer solchen Auseinandersetzung gehört zentral auch die Beschäftigung mit der Staatssicherheit, die der ausführende Arm des real existierenden Sozialismus im SED-Staat war. Eine Stasi, die heute noch – zumindest aber wieder –, durch IM und stasibelastete Abgeordnete, von denen die Regierungsmehrheit abhängt, und unter dem Deckmäntelchen einer Amadeu Antonio Stiftung Gesinnungsterror verbreitet und Einfluss auf die Thüringer Landespolitik hat

(Beifall AfD)

und diese Landespolitik maßgeblich steuert – eine solche Stasi muss natürlich nach wie vor erforscht werden. Die DDR, das will ich auch nicht verhehlen, lässt sich sicherlich nicht auf die Stasi reduzieren. Die Befassung mit der zweiten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden muss breit angelegt sein. Auch sind die Unterlagenbehörden ein guter Garant dafür, dass dies weiter geschieht. Dafür sind auch die drei Standorte in Gera, Suhl und Erfurt. Deshalb sollen und müssen sie erhalten bleiben.

Zum plötzlich vorgezauberten Alternativantrag der Regierungsfractionen: Ich glaube, das ist der hoffentlich zum Scheitern verurteilte Versuch, hier ein politisches Süppchen zu kochen, nicht mit dem CDU-Antrag stimmen zu müssen, einfach zu plagiieren und dann so zu tun, als wenn man an einer ehrlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechts interessiert wäre. Das überzeugt nicht, meine Damen und Herren. Ich hatte gerade schon gesagt: Ihre Verquickung mit Linksradikalen, mit ewig Gestrigen, mit Kahane & Co., dokumentiert ganz anderes, als das, was wir hier wollen, nämlich aufklären und erforschen, wie es wirklich war.

(Beifall CDU, AfD)

Das ist ein Plagiat, was Sie hier vorgelegt haben, das unglaublicher nicht sein kann, und deshalb lehnen wir das ab. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)